



Scirocco
borderline-europe, Sizilien –
Teil 04/2023
Palermo, 28.02.2023



Scirocco borderline-europe, Sizilien – Teil 04/2023

Palermo, 28.02.2023

Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Das neue Gesetzesdekret vom 2. Januar 2023, das vor allem die zivile Seenotrettung kriminalisiert, (wir berichteten [hier](#) und [hier](#)), ein sog. **Verhaltenskodex für NGO-Schiffe**, wurde nun auch [vom Senat bestätigt](#). In der vorangegangenen Woche hatte schon das Abgeordnetenhaus zugestimmt. Alle von der Opposition eingebrachten Änderungsanträge wurden [abgelehnt](#); auch die **Appelle der zivilen Organisationen Emergency** und [Amnesty International](#) konnten daran nichts ändern. Bis zum vollständigen Inkrafttreten fehlt nun nur noch die Unterzeichnung durch den italienischen Präsident Sergio Mattarella, die bis zum 3. März erfolgen muss, dann wird das Dekret zum Gesetz. Der Fraktionsvorsitzende der Allianz der Grünen und Linken im Parlament, [Peppe De Cristofaro](#), erklärte treffend, dass die Einwanderung kein Notfall-, sondern ein strukturelles Phänomen sei, welches die politische Rechte als Propagandamittel nutze, statt strukturelle Lösungen zu suchen. Dieses Gesetz sei eine **„schamlose, ideologische und zynische Verordnung“**, die ein klares Ziel verfolge, nämlich die Rettung auf See unmöglich zu machen.

Europäische Politik

Der italienische Außenminister Antonio Tajani thematisierte auf einem [Gipfeltreffen](#)

[des Europäischen Rats in Brüssel](#) – auf dem primär die Unterstützung der EU für die Ukraine verhandelt wurde – die steigenden Ankünfte tunesischer Migrant*innen in der EU in gewohnt [migrationsabwehrender Haltung](#). Er plant gemeinsam mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, persönlich nach Tunis zu reisen, um mit dem tunesischen Präsidenten Kais Saïed zu sprechen. **Tunesien befindet sich seit 11 Jahren in einer tiefen wirtschaftlichen und politisch-institutionellen Krise**, die für viele, überwiegend junge Menschen, ausweglos erscheint. Dies scheint für die EU Grund genug zu sein, die [„gemeinsame Steuerung der Migrationsströme“](#), wie es im [EU-Jargon heißt](#), voranzutreiben.



Foto: Georgi Licovski epa. keystone

Der Europäische Rat hat dazu aufgerufen, die „sofortigen operativen Maßnahmen zu verstärken und zu beschleunigen“ und meint damit eine Verringerung der Aufnahmekapazitäten, verstärkte Abschiebungen, weitere Kooperationen mit sog. Drittstaaten sowie den Ausbau der Grenzinfrastruktur und Grenzüberwachung [mit europäischen Geldern](#) – sprich die **effektive Blockade und Abschottung der Migrationsbewegungen an den Grenzen**. Die italienische Premierministerin Giorgia Meloni der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia (Fdi) ist mit dem Ergebnis des Gipfels sichtlich zufrieden, da sich [einige ihrer](#)

Forderungen sowohl inhaltlich als auch im Wortlaut in den Abschlusspapieren der EU wiederfinden.

Situation der Geflüchteten

Zeitgleich verschärft sich die Situation für Geflüchtete in Tunesien massiv. Nach einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 21. Februar 2023 hatte Präsident Kaïs Saïed verlauten lassen, dass die unerlaubte Einreise von Geflüchteten dringend gestoppt werden müsse, da diese das Land unterwandern und „afrikanisieren“ würden. Diese Aussagen lösten eine Welle von Hass und Gewalt gegen subsaharische Geflüchtete im Land aus. „Es ist ein rassistischer Ansatz, genau wie die Kampagnen in Europa“, sagte **Romdhane Ben Amor**, Sprecher des tunesischen Forums für wirtschaftliche und soziale Rechte (FTDES), laut Reuters. "Die Präsidentschaftskampagne zielt darauf ab, einen imaginären Feind für die Tunesier zu schaffen, um sie von ihren grundlegenden Problemen abzulenken", sagte er. Es gibt einen **solidarischen Spendenaufruf** zur Unterstützung der verfolgten Migrant*innen.



Tunesien, auf dem Weg zur libyschen Grenze

Die Gemeinden Lampedusa und Linosa erhalten für das Jahr 2024 einen Beitrag in Höhe von **zweieinhalb Millionen Euro**, um die vielen Anlandungen zu bewältigen. Die NGO und Plattformen Louise Michel, Maldusa, Mediterranea Saving Humans, ResQship R_42 Sailtraining und Alarm Phone wiesen in

einer **Pressemeldung** darauf hin, dass 3.000 Menschen im Hotspot von Lampedusa **kein Notfall, sondern eine politische Entscheidung** sei: „Es ist ein politischer Wille, die Ankünfte nicht über die Logik des Notfalls hinaus zu verwalten, ständig unvorbereitet auf Ereignisse zu reagieren, die vorhersehbar sind und daher mit spezifischen Instrumenten und genauen Maßnahmen bewältigt werden könnten. Es ist ein politischer Wille, Lampedusa zum (gleichzeitig vergessenen) Zentrum der vermeintlichen Invasion, der Tragödien, des Chaos zu machen. All dies könnte vermieden werden, aber es ist eine politische Entscheidung, dies nicht zu tun.“ Die politischen Forderungen der Gruppen lassen sich **hier** nachlesen.

Vergangene Woche **starb erneut eine junge Frau** im **überfüllten Hotspot von Lampedusa**. Dies ist der dritte Fall in wenigen Monaten. **Aktivist*innen** prangern die miserablen Bedingungen an, unter denen die auf Lampedusa ankommenden Menschen zu leben gezwungen sind. Am Hotspot von Lampedusa zeige sich, dass das italienische Aufnahmesystem die **Insel in ein Gefängnis verwandeln** kann, das mitunter tödlich ende.

Accoglienza - Unterbringung von Geflüchteten

Unter dem Namen „**il vuoto dell'accoglienza**“ (dt. „Das Aufnahmevakuum“) hat das mehrjährige Projekt Centres of Italy von ActionAid und openpolis einen neuen Bericht zum italienischen Aufnahmesystem 2018 - 2021 herausgebracht. Dieser spricht von einem System, **welches seine Aufgabe regulär erfüllen könnte, aber nach wie vor als Notlösung verwaltet werde**. Das zeigt sich beispielsweise an den **mehr als 20.000 freien Plätzen in Aufnahmezentren Ende des Jahres 2021**, die aufgrund von Transferproblemen zwischen dem Cas

(Centri d'accoglienza straordinaria, Notstandszentren) und dem Sai (Sistema di accoglienza e integrazione, Zweitunterkunft) ungenutzt bleiben. Selbst jene, die eigentlich unter den Schutz eines der beiden Systeme fallen, leiden unter **mangelnder Versorgung** und fehlenden Schlafmöglichkeiten, wie u.a. aus einer [Anklage von CasertaNews](#) hervorgeht (über ähnliche Fälle berichteten wir in den vorherigen Ausgaben des Scirocco [hier](#) und [hier](#)). Zudem mache die migrantische Bevölkerung innerhalb dieser Zentren derzeit nur rund **0,13% der italienischen Gesamtbevölkerung** aus. Dies sind Zahlen, die mit der politischen Propaganda der „Invasion“ rechter Politiker*innen nicht zusammenpassen.



Abschiebungshaft Trapani (Milo)

Katastrophale Zustände herrschen auch in der Abschiebungshaft (CPR) von Palazzo San Gervasio in der Provinz Potenza. Die Abgeordnete von Alleanza Verdi e Sinistra, Eleonora Evi, beschreibt die Unterbringung im CPR in einer [Anfrage an die Minister für Inneres, Gesundheit und Justiz](#) als **„käfigähnlich“**, mit schmalen, von Gittern umgebenen Gängen und Zimmern, die lediglich aus Betten und Betontischen bestünden und keine Tür zu den Badezimmern hätten. Es seien Bilder veröffentlicht worden, auf welchen **Migrant*innen an den Handgelenken gefesselt** seien. Weiterhin müsse überprüft werden, ob tatsächlich wahllos

Beruhigungsmittel wie Rivotril, Tavor und Talofen verabreicht würden.

In einem städtischen Wohnheim für Migrant*innen in der Via Provinciale San Vito in Brindisi mussten die Bewohner*innen **eine Woche lang ohne Licht und fast ein Jahr ohne warmes Wasser** auskommen, wie der [Vertreter der afrikanischen Gemeinschaft, Drissa Kone](#), der Stadtverwaltung von Brindisi mitteilte. Auch aus anderen Regionen werden immer wieder solche Situationen gemeldet.

Arbeitsbedingungen für Migrant*innen

Aus dem [ersten Bericht über die Ausbeutung von Frauen in der Haus- und Pflegearbeit](#), in der Landwirtschaft und im Bereich der Migration, der von der Slaves No More Association und der ACLI gefördert wurde und sich auf das Jahr 2022 bezieht, geht hervor, dass 70% der Haus- und Pflegearbeit in Italien von Migrant*innen geleistet wird. Diese sei durch ein hohes Maß an **Prekarität, Informalität und Unregelmäßigkeit** gekennzeichnet, sodass Migrant*innen in strukturelle Ausbeutung getrieben werden. Dies zeige sich besonders häufig in systematischer Belästigung, Erpressung und sexuelle Gewalt sowie Abhängigkeit von Arbeitgeber*innen.

Dem von der [International Labour Organisation \(ILO\) herausgegebenen Bericht](#) "Schutz der Rechte von Wanderarbeitnehmer*innen in irregulären Situationen und Umgang mit irregulärer Arbeitsmigration: ein Kompendium" lässt sich weiterhin entnehmen, dass zurzeit etwa **169 Millionen Arbeitsmigrant*innen außerhalb ihres Herkunftslandes leben und arbeiten**. Das sei die Mehrheit der internationalen Migrant*innen (die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2020). Das Kompendium enthält darüber hinaus Informationen über Situationen, die

Wanderarbeitnehmer*innen in die Illegalität treiben können, über ihre Rechte sowie über einschlägige internationale Normen und bewährte Verfahren. Zudem verweist es auf die vielfältigen politisch-rechtlichen Instrumente, welche die Ausbeutung irregulärer Arbeitsmigrant*innen verhindern können und zugleich die Achtung der Menschenrechte aller, unabhängig von ihrem Status, fördern.

Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#) sowie in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#).

Kontakt

borderline-europe
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

PRO ASYL
DER EINZELFALL ZÄHLT.